

EINBLICKE

CDU-FRAKTION IM STADTRAT DRESDEN

WWW.DRESDEN-CDU.DE

„Probleme müssen gelöst, nicht hin und her geschoben werden“

CDU-Fraktion fordert gravierende Nachbesserungen beim Parkplatzkonzept



VON VEIT BÖHM,
VERKEHRSPOLITISCHER
SPRECHER DER
CDU-FRAKTION

Die von der Stadt geplante Verlegung der Zollabfertigung von der Stauffenbergallee in die Washingtonstraße ist für die Einwohner in Pieschen ein brisantes Thema. Mit den jetzigen Plänen zum Bebauungsplan Nr. 3063 wird die Stadtteile Kaditz und Mickten das gleiche Schicksal ereilen, wie es die Anwohner rund um die Stauffenbergallee bereits leidvoll kennen. So löst die Stadt die bestehenden Probleme rund um das Zollamt nicht, sie verschiebt sie nur von einem Stadtteil in einen anderen. Die CDU-Fraktion hat daher die Pläne einer kritischen Überprüfung unterzogen und kommt zu einem vernichtenden Urteil.

Es verbleibt der Eindruck, dass die Prüfung von Alternativstandorten teilweise nur oberflächlich erfolgte. Flächen in der Nähe des Flughafens in Dresden-Klotzsche seien deutlich besser geeignet, wurden aber aus Gründen der höheren Flächenpreise bzw. Planverfahrenslänge allzu schnell aus der Betrachtung genommen. Die Notwendigkeit des künftigen Flusswasserwerkes (Kaditz) und die Umnutzung des Gesamtstandortes Hellerberge für Halbleiterindustrie & Co sind unbestritten, sollten aber auch zu einer sorgfältigeren Überprüfung und Planung anspornen. In Bezug auf den nun verbleibenden

Planungsstandort sind die Angaben zu den LKW-Nutzungszahlen höchst unterschiedlich und kritikwürdig. Die verkehrplanerische Untersuchung der VCDB VerkehrsConsult Dresden-Berlin GmbH geht von 110 LKW pro Tag aus und hat im Gespräch mit dem Zollamt von bis zu 160 abzufertigende LKW in der Spitze gesprochen. Laut dem aktuellen Entwurf enthält der Parkplatz am künftigen Zollhof aber nur 45 LKW-Stellplätze.

Als verkehrspolitischer Sprecher erneuere ich daher meine zentrale Forderung: „Solange nicht 100 LKW-Parkplätze am künftigen Standort nachgewiesen sind, ist der Bebauungsplan nicht zustimmungsfähig. Die Gefahr, dass sich die LKW bis in die umliegenden Wohngebiete stauen, sei auch hier gegeben.“

Schließlich ist zukünftig aus verschiedenen Gründen mit noch mehr LKW-Verkehr und Zollabfertigung zu rechnen. Die avisierten Verbesserungen der Abfertigungsqualitäten, die geringere Nutzlast bei Elektro-LKW und eine Normalisierung des Handels in Richtung Osteuropa werden absehbar mehr Zollverkehr generieren. Weder die verkehrplanerische Untersuchung noch die Vorlage gehen auch nur ansatzweise darauf ein, wie mit einem größerem LKW-Aufkommen umgegangen wird.

Mein Kollege Mario Schmidt, Sprecher für Stadtentwicklung und Bau, sieht die städtische Parkplatzstrategie in Frage gestellt: „Der P+R Kaditz könne nicht einfach einer



Fläche für Lastkraftwagen geopfert werden. Angesichts der hohen Kraftstoffpreise und der steigenden Parkgebühren in der Dresdner Innenstadt, wird die Nachfrage nach P+R-Angeboten weiterhin wachsen. Für die Nutzer des Parkplatzes ist extra eine Haltestelle für den Nahverkehr eingerichtet worden. Mit Erfolg, denn der Parkplatz wird inzwischen von Pendlern und Gästen der Stadt gut angenommen.“

Fazit: Das Vorhaben verlagert nur die bereits bestehenden Probleme von der Stauffenbergallee an den Knotenpunkt Washingtonstraße. Der Umfang der geplanten LKW-Abstellflächen ist völlig unterdimensioniert und wird zu Problemen mit wild parkenden und haltenden LKW auf der Kötzschenbroder Straße, entlang der Washingtonstraße und den angrenzenden Wohngebieten Übigau und Mickten/Kaditz (MiKa) führen, mit all den bekannten Problemen an Müll, Lärm und Dreck.

Veit Böhm,
verkehrspolitischer Sprecher CDU-Fraktion
veit.boehm@stadtrat.dresden.de

Gesucht wird: Ein Toilettenkonzept für Dresden

CDU-Fraktion fordert stadtweit umfangreiche Änderungen und Ergänzungen



VON MARIO SCHMIDT,
SPRECHER FÜR
STADTENTWICKLUNG
UND BAU DER
CDU-FRAKTION

In Dresden herrscht ein Mangel an öffentlichen Toiletten – die Anzahl ist definitiv zu gering. Da muss mehr passieren. Wenn man sich das ganze Stadtgebiet anschaut, findet man Stellen, an denen es gar keine öffentliche Toilette gibt. Dabei gehört dies zur öffentlichen Daseinsfürsorge dazu.

Was bisher geschah!

Die Versorgung mit öffentlichen Toiletten wurde in der Vergangenheit im Zuge der Stadtwerbung sichergestellt. Mit dem Ablauf der bisherigen Werbeverträge ergab sich Handlungsbedarf. Wir haben bereits im vergangenen Jahr mit einem Antrag die Verwaltung beauftragt, nach vorheriger Bestands- und Bedarfsanalyse ein Toilettenkonzept für die Stadt Dresden zu erarbeiten. Dabei sollte das gesamte Stadtgebiet berücksichtigt werden. Nach wiederholter Ankündigung hat die Stadtverwaltung Anfang September endlich das vom Stadtrat beauftragte Toilettenkonzept vorgelegt. Allerdings

wird nichts automatisch gut, wenn es lange währt.

Die als Konzept bezeichnete Vorlage enttäuscht auf ganzer Linie. Wichtige Aufenthaltsorte und Knotenpunkte im Stadtgebiet wurden nicht berücksichtigt. Würde das Konzept so beschlossen werden, gäbe es weiterhin viele weiße Flecken im Stadtgebiet.

Was war unsere Zielsetzung?

Entgegen dem klaren Auftrag aus dem Stadtratsbeschluss erfolgte bei der Erarbeitung des Konzepts keine Einbeziehung der Stadtbezirksbeiräte und Ortschaftsräte. Diese sollten vorab mit Ideen und Vorschlägen eingebunden werden. Die Menschen vor Ort wissen am besten, wo ein öffentliches WC entstehen muss und wo darauf verzichtet werden kann, denn sie kennen die örtlichen Gegebenheiten oft viel besser. Da die Einbindung nun erst im Zuge der Beratungen zur Vorlage erfolgt, müssen neue Standortvorschläge nachträglich durch die Verwaltung geprüft werden. Das verlängert den Prozess unnötig, diesen Schritt hätte man sich sparen können. Mit anderen Worten: Die Verwaltung, hier insbesondere der Geschäftsbereich von Baubürgermeister Kühn, enttäuscht mit dem vorgelegten Konzept einmal mehr.

Was haben wir beigetragen?

Dass jetzt überhaupt rund 2 Mio. Euro im städtischen Haushalt für Investitionen in neue Toilettenanlagen zur Verfügung stehen, geht auf einen weiteren Antrag der CDU-Fraktion zurück. Im aktuellen Doppelhaushalt haben wir für die Umsetzung des von uns beauftragten Konzeptes ein entsprechendes Budget hineinverhandelt. Die Vorlage der Stadtverwaltung sah nur einen Mittelansatz von rund 500.000 € vor. Der hätte nie und nimmer gereicht. Ungeklärt bleibt, was angesichts des vorgelegten Konzeptes damit umgesetzt wird. Wir sehen hier dringenden Erklärungsbedarf.



Baubürgermeister Kühn gibt allein die Unterhaltskosten für den Betrieb einer Anlage mit 2.500 Euro pro Anlage und Monat an.

Wie kann es weitergehen?

Wir erwarten von Bürgermeister Kühn eine Erweiterung und Verdichtung des Toilettenangebotes, konkrete Ausbaupläne und nicht nur die Fortschreibung/Ersatz bestehender Anlagen. Beim Bau oder der Neugestaltung von Sport- oder Freizeitanlagen sollte man öffentliche Toiletten immer mitdenken.

Wie sieht die Fraktion das Toilettenkonzept?

Dresden ist eine Stadt mit vielen Gästen. Gerade in der Reise-Saison muss es funktionierende Toiletten an touristisch frequentierten Orten geben. Dazu gehören auch die Parkplätze für Reisebusse. Zudem braucht es ein echtes Konzept, welches tatsächlich die stadtweiten Bedarfe darstellt. Mangelhaft ist zudem die Analyse vorhandener Toiletten im öffentlichen Raum – zustimmungsfähig ist das Konzept aus unserer Sicht nur mit umfangreichen Änderungen und Ergänzungen.



Mario Schmidt,
Sprecher für Stadtentwicklung und Bau
mario.schmidt@stadtrat.dresden.de

Straßen- und Stadtteilstefte erhalten

CDU unterstützt Rückbesinnung auf die eigene Einzigartigkeit

VON PETRA NIKOLOV,
KULTURPOLITISCHE SPRECHERIN
DER CDU-FRAKTION



Straßenfeste sollen und müssen zukünftig vor allem wieder in den jeweiligen Stadtteil hineinwirken, quasi back to the roots. Deshalb werden sie ja unter anderem und zurecht aus den Budgets der Stadtbezirksbeiräte gefördert. Wir sehen aber auch die privatwirtschaftliche Verantwortung bei der Organisation und Durchführung dieser für Dresden so wichtigen Feste.

Blicken wir aber zunächst ca. 30 Jahre zurück: Da entstanden Stadtteilstefte, welche für die Bewohnerinnen und Bewohner im jeweiligen Kiez gedacht waren, weil sie auch von diesen selbst organisiert wurden. Alles fand in einem überschaubaren Rahmen statt.

Aber von diesen, in den Stadtteil hineinwirkenden Festen, haben sich die BRN, das Elbhangfest oder das Hechtfest leider sehr

weit entfernt. So wurden vor allem in den letzten Jahren diese Feste immer größer geplant und die Individualität ging verloren. Aber genau dadurch sollten sich die Stadtteilstefte voneinander unterscheiden. Dabei haben wir bereits ein großes Fest, nämlich unser Stadtfest, welches über die gesamte Stadt – und darüber hinaus – ausstrahlt und sehr erfolgreich ist.

Natürlich ist das erst einmal traurig für die, die noch gerne diese Feste besucht haben. Es kann aber auch eine Chance sein, sich auf die Wurzeln zu besinnen. Die Stadtteilstefte sollten ihrem Namen wieder alle Ehre machen. Diese Feste leben von den Organisatoren, denen wir an dieser Stelle sehr danken, denn ohne diesen ehrenamtlichen Einsatz gäbe es die Stadtteilstefte nicht. Aber, liebe private Organisatoren, gehen Sie auf den Urgedanken zurück.

In den letzten Jahren wuchsen die Stadtteilstefte und ehrenamtlich organisierten

Veranstaltungen. Und mit der Größe der Feste wurden natürlich auch die Auflagen und Anforderungen immer größer. Und genau dort sehen wir das Problem.

Deshalb vertreten wir den Standpunkt, dass die Verantwortlichen die Konzepte dringend überdenken müssen. Weniger ist oft mehr. Die CDU-Fraktion ist sehr gern bereit, diese dabei auch zu unterstützen. Es ist uns wichtig, dass die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen dafür stimmen. Bürokratische Hürden müssen ebenfalls minimiert werden.

Veranstaltungen stetig mit öffentlichen Geldern retten zu wollen, ist aus unserer Sicht der falsche Weg. Es braucht einen Neustart im Kleinen, die Rückbesinnung auf die eigene Einzigartigkeit. Wir als CDU-Fraktion unterstützen diesen Neustart sehr, denn die Feste soll man feiern, wie sie fallen.

✉ Petra Nikolov
kulturpolitische Sprecherin CDU-Fraktion
petra.nikolov@stadtrat.dresden.de

Schulsozialarbeit an jeder Schule!

Wir wollen ein erfolgreiches Lernen an allen Schulen ermöglichen



VON MATTHIAS DIETZE
BILDUNGSPOLITISCHER
SPRECHER DER
CDU-FRAKTION,
MITGLIED IM JUGEND-
HILFEAUSSCHUSS

Schulsozialarbeit ist eine hilfreiche Unterstützung für die Lehrkräfte und ein wichtiges Frühwarnsystem. Dieses sozialpädagogische Angebot will die CDU-Stadtratsfraktion an jede Schule bringen. Die Anforderungen und Bedarfe haben sich bei dieser Leistungsart der Kinder- und Jugendhilfe stark geändert. Unsere Vertreter haben sich maßgeblich dafür eingesetzt, dass der Jugendhilfeaus-

schuss in der Fortschreibung des Konzeptes Schulsozialarbeit wichtige Punkte ergänzen konnte.

Mit der Stärkung der Schulsozialarbeit an Dresdner Schulen ist unsere Stadt weiter auf gutem Kurs, erfolgreiches Lernen zu ermöglichen. Alle Oberschulen verfügen bereits über diese wichtige Unterstützung. Jetzt ist es an der Zeit, das Prinzip „Vollausstattung vor Breite“ aufzugeben. Wir wollen zeitnah auch alle anderen Schularten in Dresden mit Schulsozialarbeit ausstatten – dafür ist der jetzige Kurswechsel ein entscheidender Schritt. Der bisherige Kurs hat zu einer Zweiklassengesellschaft geführt. Auf der einen Seite gibt es Schulen, die mit bis zu 2,5



Stellen ausgestattet sind und andererseits fehlt bei über der Hälfte unserer Schulen jegliche Unterstützung. Die neue Rege-

lung sieht vor, dass, bevor weitere Schulen nach Fachkräftestandard voll ausgestattet werden, jede neue hinzukommende Schule vorerst nur eine Vollzeitstelle erhält. Erst wenn das programmatische Ziel „Jede Schule hat Schulsozialarbeit!“ erreicht ist, wird in die Tiefe gegangen. Die Schulen erhalten bei der Abstimmung zur Vergabe des Trägers im Jugendhilfeausschuss ein Anhörungsrecht. Künftig sollen bei der Vergabe auch die Berufs-

schulzentren berücksichtigt werden. Dafür wird jetzt ein Ranking erarbeitet. Bedacht werden insbesondere Schulen, die durch einen hohen Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund herausgefordert sind. Ebenso sind aber auch Schulen berücksichtigt, die allein durch ihre hohe Anzahl an Schülern Problemlagen herausbilden. Für die Schulsozialarbeit werden im aktuellen Schuljahr 543.000 Euro bereitgestellt. Damit können acht neue Stellen

an acht Schulen geschaffen werden. Das betrifft die 33. Grundschule, 153. Grundschule, 39. Grundschule, 14. Grundschule und die 108. Grundschule sowie das Gymnasium Dresden-Tolkewitz, das Roman-Rolland-Gymnasium und das Gymnasium Johannstadt.

Matthias Dietze,
bildungspolitischer Sprecher CDU-Fraktion
matthias.dietze@stadtrat.dresden.de

Wohnungsbau am Boden – Versuch einer Erklärung

Eine wachsende Stadt muss dem Wohnen Platz und Gelegenheit geben

VON PETER JOACHIM KRÜGER
WOHNUNGSPOLITISCHER SPRECHER DER
CDU-FRAKTION



Seit einigen Jahren ist in Dresden – aber nicht nur hier – ein regelrechter Einbruch des Neubaus von Wohnungen zu beobachten. Das trifft gleichermaßen auf den privaten, aber auch den öffentlichen Bereich zu. Die Gründe sind vielfältig und von der Stadtpolitik nur begrenzt zu beeinflussen. Sicherlich spielen eine veränderte Zinslandschaft, gestiegene Materialkosten und eine begrenzte Verfügbarkeit an Fachkräften eine wichtige Rolle, aber eben nicht nur. Lautstark wurden Mietpreisbremsen, Mietendeckel und andere wohlklingende

Vokabeln gepriesen. Ihre tatsächliche Wirkung blieb vollends aus, was zum Beispiel auch in Berlin oder anderswo deutlich zu beobachten ist. Zudem machen überzogene, oft am Thema vorbeigehende Umweltauflagen nur das Bauen teuer, aber eben nicht, oder nur marginal, das Klima besser. Wenn Politik glaubt, den Investoren immer neue Auflagen, wie z.B. die Unmengen an Klimavorschriften, oder Pflichten, wie auf eigene Kosten zu erstellende Straßen und Freizeitareale, ins Auftragsbuch zu schreiben, dann verteuert es das Bauen dergestalt, dass die notwendigen Mieten zur Refinanzierung von den meisten Menschen einfach nicht mehr zu stemmen sind. Selbst der öffentlich geförderte Wohnungsneubau, als Tiger und Prestigeprojekt gestartet, ist als verstaubter

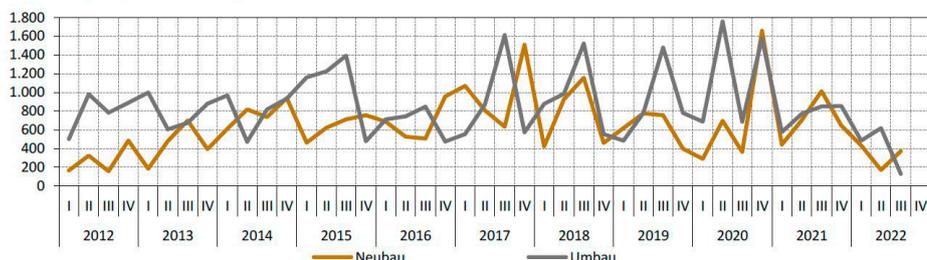
Bettvorleger gelandet. Trotz durch die Stadt eingelegter, sprich geschenkter Grundstücke und großzügiger Förderkultisse des Landes, kommt die städtische Wohnungsgesellschaft WiD gGmbH nicht am Markt vorbei und hat das Bauen derzeit komplett eingestellt. Auch der geplante Ankauf von sanierungsbedürftigen Wohnungen durch die WiD von einem Großvermieter, schafft keine einzige neue Wohnung, sondern nur andere Eigentumsverhältnisse – wenngleich es mit Blick auf die in etwa 13 Jahren auslaufende Sozialbindung von etwa 10.000 sogenannten Wohnungen mit Belegungsrecht, durchaus sinnvoll erscheint. Gezielte Entwicklung und Ausweisung von Bauland in der Stadt und seiner Peripherie, auch für Familien, die sich ihren Traum vom Eigenheim erfüllen möchten, Entschlackung von Vorschriften und Schluss mit der Gängelei bei Baugenehmigungen, kurz, den Investor wieder als willkommenen Partner in einer wichtigen sozialen Frage anzusehen, das könnte aus meiner Sicht ein Anfang sein, dem Baugeschehen in unserer Stadt wieder Leben einzuhauchen.

Gezielte Entwicklung und Ausweisung von Bauland in der Stadt und seiner Peripherie, auch für Familien, die sich ihren Traum vom Eigenheim erfüllen möchten, Entschlackung von Vorschriften und Schluss mit der Gängelei bei Baugenehmigungen, kurz, den Investor wieder als willkommenen Partner in einer wichtigen sozialen Frage anzusehen, das könnte aus meiner Sicht ein Anfang sein, dem Baugeschehen in unserer Stadt wieder Leben einzuhauchen.

Gezielte Entwicklung und Ausweisung von Bauland in der Stadt und seiner Peripherie, auch für Familien, die sich ihren Traum vom Eigenheim erfüllen möchten, Entschlackung von Vorschriften und Schluss mit der Gängelei bei Baugenehmigungen, kurz, den Investor wieder als willkommenen Partner in einer wichtigen sozialen Frage anzusehen, das könnte aus meiner Sicht ein Anfang sein, dem Baugeschehen in unserer Stadt wieder Leben einzuhauchen.

Peter Joachim Krüger,
wohnungspolitischer Sprecher CDU-Fraktion
peter.krueger@stadtrat.dresden.de

Baugenehmigungen für Wohnungen



Anmerkung: ¹⁾ am Quartalsende, vorläufige Zahlen im I., II. und III. Quartal
Quellen: Statistisches Landesamt Sachsen, Kommunale Statistikstelle Dresden